



Medienmitteilung vom 17. November 2017

Luzerner Bildungs-Initiative

Bildungsqualität im Kanton Luzern sichern!

Noch besteht im Kanton Luzern eine hohe Bildungsqualität. Diese zu sichern, ist Ziel der Initiative „Für eine hohe Bildungsqualität im Kanton Luzern“, die von der Luzerner Allianz für Lebensqualität lanciert wurde. Dass diese Qualität aber in Gefahr ist, zeigte das Kantonsparlament wie auch die Regierung in den vergangenen Jahren selber auf. So schlug die Regierung immer wieder Schulschliessungen, Schulgelderhöhungen und die Verschlechterung der Rahmenbedingungen in der Bildung vor. Die hohe Bildungsqualität darf nicht zum Spielball jener Finanzpolitik werden, die planbare und erforderliche Ausgaben nicht begleichen kann. Sie muss als wichtiges Fundament für eine prosperierende Zukunft unseres Kantons in der Verfassung festgeschrieben werden. Wer auch künftig eine qualitativ hochstehende Bildungsversorgung im ganzen Kanton will, sagt deshalb JA zur Bildungs-Initiative, die von allen LehrerInnenverbänden unterstützt wird.

Die Regierung bekräftigt, dass sie die Qualität der Luzerner Bildung als sehr hoch einschätzt und deshalb die Initiative in weiten Teilen erfüllt sei. Dabei verschweigt sie, dass sie in den vergangenen Jahren unter dem Druck der finanziellen Schieflage immer wieder Versuche unternahm, Leistungen abzubauen, um weniger ausgeben zu müssen. Sie schloss z.B. sämtliche Mittel- und Berufsschulen für eine Woche Zwangsferien oder schlug vor, die Fachklasse Grafik und die Wirtschaftsmittelschule in Willisau zu schliessen. „Diese Vollzeitschulen ergänzen das Luzerner Bildungssystem aber in idealer Weise und die Abgänger werden von den Praktikumsbetrieben sehr geschätzt“, sagt Jan Siegwart, Vizepräsident des BCH Luzern. Hier setzt die Initiative an, denn nur mit einem breiten Bildungsangebot von der Volksschule, über den Lehrbetrieb mit Berufsschule, die Fachmittelschule bis hin zum Gymnasium werden wir den unterschiedlichen Fähigkeiten, Biografien und Interessen unserer Kinder und Jugendlichen gerecht und ermöglichen ihnen eine für sie richtige Ausbildung. Das muss auch in Zukunft gewährleistet sein!

Keine Abwälzung der Kosten auf die Eltern

Auch bezüglich der Schulgelder auf der Sekundarstufe II unternahm die Regierung bereits Versuche, dieses zu erhöhen und damit die Chancengleichheit und den Zugang zur Bildung einzuschränken. Viele Kantone kennen kein solches Schulgeld. Unlängst scheiterte die Schulgeldeinführung in Nidwalden am Volksmehr. „Eine Abschaffung der Schulgelder senkt die finanziellen Hürden für den Besuch einer weiterführenden Schule und schafft damit mehr Chancengleichheit“, sagt Urban Sager, Präsident der

Gewerkschaft VPOD Luzern. Durch die Annahme der Initiative werden Jugendliche nicht aufgrund des Einkommens ihrer Eltern an der Entfaltung ihrer Fähigkeiten gehindert. Wie wenig Skrupel die Regierung hat, Kosten auf die Bevölkerung abzuwälzen, bewies sie mit der geforderten Rückzahlung bereits ausgezahlter Prämienverbilligung wie auch mit der Halbierung der Musikschulbeiträge, gegen die erfolgreich das Referendum ergriffen werden konnte.

Gute Rahmenbedingungen an den Schulen

Auch die Rahmenbedingungen für Bildung sind dauernd unter Beschuss. Letzte und drastische Verschlechterung war die Arbeitszeiterhöhung der Lehrpersonen auf dieses Schuljahr hin. Zudem führte die kostenneutrale Einführung des Lehrplan 21 zu einer deutlichen Mehrbelastung der Lehrpersonen. Viele Lehrpersonen stehen dadurch unter hohem Druck. „Die gestiegene Belastung der Lehrpersonen wirkt sich auf die Motivation aus und das wiederum ist schlecht für die Bildungsqualität. Denn sämtliche Untersuchungen über guten Unterricht zeigen, dass die Lehrperson der wichtigste Faktor für den Bildungserfolg der Kinder ist“, sagt Annamarie Bürkli, Präsidentin des Luzerner Lehrerinnen- und Lehrerverband.

Fachkräftemangel jetzt angehen

In den kommenden Jahren ist auf der Volksschule und somit bald auf der Sekundarstufe II mit erheblich mehr Lernenden zu rechnen. Hinzu kommt eine überproportionale Pensionierungswelle. Bereits auf dieses Schuljahr konnten etliche Stellen nur knapp vor Schulbeginn besetzt werden. „Wir werden in absehbarer Zeit zu wenig Lehrpersonen haben. Diesem Fachkräftemangel können wir nur mit guten Anstellungsbedingungen begegnen, aber der Kanton Luzern belegt diesbezüglich einen der letzten Ränge“, sagt Remo Herbst, Präsident des Verbands Luzerner Mittelschullehrerinnen und -lehrer. Die Initiative schafft hier Abhilfe, denn sie will die guten Rahmenbedingungen und damit die Grundvoraussetzung für eine gute Bildung in der Verfassung festschreiben. So wird sichergestellt, dass auch in Zukunft gute Lehrpersonen an den Luzerner Schulen unterrichten und die Bildungsqualität im ganzen Kanton weiterhin hoch ist.